



Rechtsextremistische Szene im Umbruch

- **Neonazis gründen neue Strukturen der rechtsextremistischen Parteien Der Dritte Weg und Die Rechte in Bayern**
- **Die Münchner Neonaziszene ist zersplittert, die rechtsextremistische Wohngemeinschaft in Obermenzing hat sich aufgelöst**
- **Bei der Europawahl erreichte die NPD ein Mandat, in Bayern blieb das Wahlergebnis deutlich unter dem Bundesdurchschnitt**

Neue rechtsextremistische Parteistrukturen in Bayern

Im ersten Halbjahr 2014 haben Rechtsextremisten in Bayern neue Strukturen der rechtsextremistischen Parteien Der Dritte Weg (III. Weg) sowie Die Rechte geschaffen. Diese Gründungen erfolgten aus der Neonaziszene heraus, die bislang einer parteilichen Organisation eher kritisch gegenüberstand. Durch das sogenannte „Parteienprivileg“ erhoffen sich die Neonazis offensichtlich einen größeren Schutz gegen staatliche Verbots- und Exekutivmaßnahmen.

1. Partei Der Dritte Weg (III. Weg)

In den letzten Monaten haben Führungsaktivisten des Freien Netz Süd (FNS) in Bayern verstärkt Strukturen der Partei III. Weg aufgebaut, offensichtlich um der bayerischen Neonazi-Szene eine Alternativorganisation für das inzwischen verbo-

tene Freie Netz Süd (FNS) bereit zu stellen. Bislang wurden Stützpunkte der Partei in Nürnberg/Fürth, München, Hochfranken/Vogtland, Augsburg/Schwaben und Ostbayern gegründet.



Die Partei III. Weg wurde am 28. September 2013 in Heidelberg gegründet. Dem fünfköpfigen Bundesvorstand steht der frühere rheinland-pfälzische NPD-Funktionär Klaus Armstroff vor. Die weiteren Mitglieder des Bundesvorstands stammen aus der Neonaziszene oder gehörten der NPD an. Bayerische Rechtsextremisten gehören dem Bundesvorstand nicht an.

Die neue Partei versteht sich als Alternative zur NPD und vertritt einen stark neonazistisch geprägten Rechtsextremismus. Das macht sie insbesondere auch für ehemalige Aktivisten des FNS attraktiv. Das an nationalrevolutionäre Ideologieelemente anknüpfende Parteiprogramm fordert u. a. die Erhaltung und Entwicklung der „biologischen Substanz des Volkes“ und die Schaffung eines Deutschen Sozialismus. Es greift dabei auf Elemente des 25-Punkte-Programms der NSDAP zurück.

Die Partei hat keine Landesverbände, sondern gliedert sich in die Gebietsverbände Süd, West, Nord und Mitte. Der Gebietsverband Süd besteht aus den Bundesländern Bayern und Baden-Württemberg. Als kleinste selbständige Einheit der Partei sind Kreisverbände vorgesehen. Für Gebiete, in denen keine Untergliederungen bestehen, sieht die Satzung zudem auch die Möglichkeit vor, sogenannte „Stützpunktleiter“ durch den Gesamtvorstand zu ernennen.

In Bayern wurden bislang ausschließlich solche „Stützpunkte“ installiert. Die erste Gründung war am 25. Januar der „Stützpunkt Hof“, der wenig später in „Stützpunkt Hochfranken/Vogtland“ umbenannt wurde. Am 23. März folgte der „Stützpunkt München“ und am 29. März der „Stützpunkt Nürnberg-Fürth“. Ein bundesländerübergreifender Stützpunkt wurde am 17. Mai mit dem „Stützpunkt Augs-

burg/Schwaben“ gegründet. Rund 50-60 Rechtsextremisten aus Bayern und Baden-Württemberg nahmen an der Gründungsveranstaltung in Langenau (Landkreis Ulm/Baden-Württemberg) teil. Der Stützpunkt soll Mitglieder aus den schwäbischen Teilen Bayerns und Baden-Württembergs ansprechen. Die bislang letzte Gründung erfolgte am 21. Juni mit dem „Stützpunkt Ostbayern“. Ein bisheriger Führungsaktivist des regionalen Neonazinetzwerkes Nationales Bündnis Niederbayern (NBN) übernahm die Funktion des Stützpunktleiters. Kurz zuvor hatte das NBN, das im überregionalen Neonazi-Netzwerk FNS eingebunden war, seine Auflösung bekannt gegeben.

Die jeweiligen Initiatoren dieser Stützpunktgründungen sind Rechtsextremisten aus dem Umfeld des inzwischen verbotenen FNS. Die Stützpunkte entsprechen weitgehend den bisherigen geographischen Aktionsschwerpunkten des FNS. Diese waren zuletzt die Region Nürnberg/Fürth, der Raum Hof, der Großraum München sowie Teile Niederbayerns und Schwabens. Bei von FNS-Aktivisten initiierten Kundgebungen und Demonstrationen waren die Teilnehmer in den letzten Monaten fast ausschließlich als Sympathisanten bzw. Unterstützer der Partei III. Weg aufgetreten. Aktionsberichte aus dem Umfeld des FNS wurden auf der Internetseite der Partei III. Weg veröffentlicht.

Aktuell wird das Personenpotenzial der Partei in Bayern auf bis zu 60 Mitglieder und Fördermitglieder geschätzt.

Bislang ist noch nicht absehbar, ob sich die neuen Stützpunkte nachhaltig etablieren werden. Dies setzt voraus, dass große Teile der Neonaziszene die angebotenen Parteistrukturen annehmen. Dagegen spricht, dass viele Neonazis sich als sogenannte „Freie Nationalisten“ verstehen und eine informelle Organisation in „Freien Kameradschaften“ ohne Parteibindung traditionell bevorzugen.

Bundesweit verfügt die Partei III. Weg bislang nur über ein geringes Personenpotenzial und hat auch regional kaum Bedeutung. Neben Bayern ist die Partei vor allem in Rheinland-Pfalz vertreten, wo sie in Bad Dürkheim ihren Parteisitz hat.

2. Partei Die Rechte

Neben den Stützpunkten der Partei III. Weg wurden im 1. Halbjahr 2014 erstmals auch Strukturen der rechtsextremistischen Partei Die Rechte in Bayern geschaffen. In München gründete sich am 20. April, dem Jahrestag des Hitler-Geburtstags, ein Kreisverband der Partei unter Vorsitz des Münchener Neonazis Philipp Hasselbach. Bislang haben sich rund zehn Münchner Rechtsextremisten dem Kreisverband angeschlossen.



Die Partei Die Rechte war im Mai 2012 in Hamburg auf Initiative des langjährigen Neonazi-Aktivisten Christian Worch gemeinsam mit ehemaligen Funktionären der Deutschen Volksunion (DVU) gegründet worden, die den Zusammenschluss der DVU mit der NPD ablehnten. Das Parteiprogramm lehnt sich an das der DVU an und enthält unter anderem die Forderung nach einer Korrektur der „Abtrennung der deutschen Gebiete östlich von Oder und Neiße“. Die Rechte ist neonazistisch ausgerichtet, ein Großteil der Mitglieder stammt aus der Neonaziszene. So entstand z. B. im Sommer 2012 der Landesverband Nordrhein-Westfalen nach dortigen Verboten neonazistischer Kameradschaften.

Als „erstes strategisches Ziel“ hatte Worch die Teilnahme an der Europawahl ausgegeben. Dieses Ziel wurde verfehlt; Die Rechte wurde nicht zur Europawahl am 25. Mai zugelassen. Bei der Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen gelang ihr jedoch der Einzug in die Stadträte von Dortmund und Hamm mit jeweils einem Vertreter.

Aktuell unterhält die Partei sechs Landesverbände in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Brandenburg, Berlin, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz. In Bayern gibt es bislang nur den Kreisverband in München, ein Landesverband existiert nicht.

Trotz der grundsätzlichen Konkurrenz von NPD, Die Rechte und III. Weg in der rechtsextremistischen Parteienlandschaft kooperiert Hasselbach auf Ortsebene eng mit der NPD-nahen Bürgerinitiative Ausländerstopp München (BIA-München) um Karl Richter.

Umbruch in der Münchner Neonaziszene

Mit der Auflösung der Kameradschaft München zum Jahreswechsel 2013/2014 verlor die BIA-München ihren maßgeblichen Unterstützerkreis. Öffentlichkeitswirksame Aktionen der BIA-München waren in den letzten Jahren häufig von Einzelaktivisten der Kameradschaft München durchgeführt oder maßgeblich unterstützt worden.

Die fehlende Unterstützung durch die Kameradschaft München wirkte sich auch auf den Kommunalwahlkampf der BIA-München für die Stadtratswahlen am 16. März aus. Eine gezielte Mobilisierung durch Veranstaltungen und Verteilaktionen fand zunächst kaum statt. Erst in der Endphase des Wahlkampfs erhielt Richter Unterstützung von dem am 1. Februar aus der Haft entlassenen Rechtsextremisten Hasselbach und dem um ihn versammelten Personenkreis. Das Ergebnis der BIA-München halbierte sich im Vergleich zu den Kommunalwahlen 2008 von 1,4% auf 0,7%, Karl Richter gelang allerdings erneut der Einzug in den Stadtrat.

Während die Nähe zwischen Richter und Hasselbach auch nach der Kommunalwahl fortbesteht, ist das Verhältnis von Hasselbach und dem von ihm geführten Kreisverband der Partei Die Rechte zu früheren FNS-Aktivisten und zum Münchner Stützpunkt der Partei III. Weg konkurrierend bis ablehnend. Aufgrund des Vorwurfs, er habe Gelder der NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) unterschlagen, war Hasselbachs Ruf bereits vor seiner Inhaftierung innerhalb der bayerischen rechtsextremistischen Szene beschädigt. Maßgebliche Szenepartagonisten sprachen ihm eine führende Rolle in der rechtsextremistischen Szene ab.

Der Streit zwischen beiden Lagern wurde in den letzten Wochen mehrfach sichtbar. So schmierten Unbekannte bei der Gründungsveranstaltung des Kreisver-

bandes der Partei Die Rechte an eine benachbarte Hauswand „Hasselbach=Judenschwein“. Bei den Tätern dürfte es sich um ehemalige Angehörige der Kameradschaft München handeln. Der überwiegende Teil des früheren FNS hat sich darauf verständigt, Hasselbach und seinen Kreisverband zu ignorieren. Vereinzelte Kontakte aufgrund von persönlichen Bekanntschaften zwischen beiden Gruppierungen sind allerdings nicht auszuschließen.

Auflösung der rechtsextremistischen Wohngemeinschaft in München-Obermenzing

Die rechtsextremistische Wohngemeinschaft in dem in der Öffentlichkeit als „Braunes Haus“ bekannt gewordenen Einfamilienhaus in München-Obermenzing hat sich Ende Mai aufgelöst. Seit Anfang Dezember 2012 hatte die Münchener Neonaziszene das Objekt als zentralen Treffpunkt für Stammtische und Szenetreffen genutzt. Mit der Auflösung der Kameradschaft München verlor das Objekt mehr und mehr seine Bedeutung für Szene-Treffen. Zum 31. Mai wurde der Mietvertrag vorzeitig aufgelöst. Mit der Aufgabe des Objekts in München-Obermenzing verlor die neonazistische Szene in Südbayern einen ihrer wichtigsten Anlaufpunkte.

Erneutes rechtsextremistisches Konzert in Scheinfeld verhindert

Am 24. Mai veranstaltete der bayerische NPD-Landesverband im mittelfränkischen Scheinfeld den sogenannten Bayerntag mit in der Spitze rund 400 Besuchern. Ein für den Abend geplantes rechtsextremistisches Konzert wurde verboten.

Der NPD-Bayerntag fand auf dem Gelände einer ehemaligen Diskothek statt, in der bereits am 12. Oktober 2013 der NPD-Funktionär Patrick Schröder ein von rund 1.000 Zuhörern besuchtes rechtsextremistisches Konzert durchgeführt hatte.

Die NPD hatte im Vorfeld des Bayerntags eine politische Kundgebung mit einer für den Abend geplanten Konzertveranstaltung beim Landratsamt Neustadt a. d.

Aisch angemeldet, diese Anmeldung aber Anfang Mai wieder zurückgezogen. Eine neuerliche Anmeldung für die öffentliche Versammlung war nahezu inhaltsgleich, enthielt aber keinen Hinweis mehr auf ein Konzert.

Die Stadt Scheinfeld hat am Veranstaltungstag vorsorglich einen Verbotsbescheid für ein Konzert erlassen und den Verantwortlichen der NPD vor Ort übergeben. Ein von Schröder eingereichter Eilantrag gegen das Verbot scheiterte vor dem Verwaltungsgericht Ansbach. Eine kurzfristige örtliche Verlagerung des Konzerts fand nicht statt.



Mehrere Wochen lang hatte Schröder überregional für das Konzert mit rechtsextremistischen Bands aus Bremen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Italien geworben und Eintrittskarten verkauft. Durch den ersatzlosen Ausfall des Konzerts hat Schröder als Organisator rechtsextremistischer Musikveranstaltungen stark an Ansehen verloren. Hierzu trug insbesondere bei, dass die Eintrittskarten im Voraus zu bezahlen waren, eine Rückzahlung des Betrags aber nach Ausfall des Konzertes nicht vorgesehen war.

Die Bayerische Landeszentrale für Neue Medien (BLM) hat gegen Schröder, der von Weiden i.d. Opf. aus seit 2007 das rechtsextremistische Internetradio „Radio FSN“ (Frei-Sozial-National) sowie seit August 2012 auch das Internet-TV „FSN-TV“ betreibt, ein Ordnungswidrigkeitenverfahren durchgeführt und ein Bußgeld verhängt. Grund sind ihm vorgeworfene Verstöße gegen die Bestimmungen des Jugendmedienschutz-Staatsvertrags und des Rundfunkstaatsvertrags durch die Ausstrahlung von zwei „FSN-TV“-Sendungen. Der Bußgeldbescheid ist noch nicht rechtskräftig. Die erneute Ausstrahlung der Sendungen wurde durch die BLM untersagt.

Abschneiden rechtsextremistischer Parteien bei der Europawahl

Bei der Europawahl am 25. Mai traten sowohl die NPD wie auch die rechtsextremistische Bürgerbewegung pro NRW (pro NRW) an. Beide erhofften sich vom

Wegfall der Dreiprozentklausel den Einzug ins Europäische Parlament. Während pro NRW mit einem Stimmenanteil von bundesweit 0,2% dieses Ziel verfehlte, gelang der NPD mit 1,0% der Sprung ins Parlament. In Bayern erreichte die NPD 0,6% der gültigen Stimmen.



Die NPD erhält damit eines der insgesamt 96 auf die Bundesrepublik Deutschland entfallenden Mandate im 751 Sitze umfassenden 8. Europäischen Parlament. Damit zieht der NPD-Spitzenkandidat und ehemalige Bundesvorsitzende Udo Voigt erstmals für die NPD in das Europaparlament ein. Mit dem ihm als Abgeordneten zustehenden Personalat hat Voigt mehrere NPD-Aktivisten als Mitarbeiter angestellt, darunter den bayerischen NPD-Landesvorsitzenden Karl Richter, der seit Juli als parlamentarischer Referent in Straßburg für Voigt tätig ist.

Als Partner-Parteien im Europäischen Parlament bieten sich für die NPD die rechtsextremistische Goldene Morgenröte aus Griechenland sowie die nationalistische Jobbik aus Ungarn an, die mit zwei Mandaten (9,39%) bzw. drei Mandaten (14,68%) ins Europäische Parlament eingezogen sind. Zur Bildung einer Fraktion reicht dies jedoch nicht aus. Hierfür sind mindestens 25 Abgeordnete aus mindestens 7 Mitgliedsstaaten notwendig.



Jobbik, Ungarn



Goldene Morgenröte, Griechenland